

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf der
Landesregierung
Drucksache 16/3800

Vorlage 16/1187 – Erläuterungsband zum Einzelplan 05

Vorlage 16/1264 – Vermerk zum Berichterstattergespräch zum Einzelplan 05

Vorlage 16/1362 – Beantwortung der Fragen der Fraktionen durch das Ministerium

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer weist auf die Tischvorlage – *siehe Anlage* - mit Änderungsanträgen der Fraktion der Piraten hin.

Monika Pieper (PIRATEN) äußert, ihre Fraktion freue sich darüber, dass die Demografiegewinne im System verblieben. Allerdings reiche das nicht, um eine ausreichende Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Insbesondere die Gesamtschulen seien unterbesetzt. Dort fehlten 40 Stellen. An vielen Schulen werde bei weitem nicht die 105-Prozent-Quote erfüllt.

Zu den vorgelegten Anträgen: In Antrag Nr. 7 gehe es um Lernmittel unter freier Lizenz. Nordrhein-Westfalen hinke anderen Bundesländern auf diesem Gebiet weit hinterher. Es erscheine wichtig, in diesem Bereich etwas zu unternehmen, um den Anschluss nicht zu verpassen. Deshalb werde gefordert, dass 16 Schulbücher im Bereich der Grundschulen und in der Sekundarstufe I für die Klassen 5 und 6 ausgeschrieben würden, um einen Anfang in eine neue Lernmittelkultur Schulbücher zu bekommen, die unter Open Educational Resources stünden.

Im Antrag 8 gehe es um die Medienberatung in NRW. Den Landschaftsverbänden sei einmal Geld zugesagt worden, das nicht in der vollen Höhe gezahlt werde. Mit diesem Antrag solle erreicht werden, den einmal ausgehandelten Betrag auszahlten.

In den Anträgen 10 und 11 werde das Thema Inklusion aufgegriffen. Gefördert werden solle eine Sofortmaßnahme. Die Piraten wünschten, dass sowohl die privaten als auch die öffentlichen Grundschulen, die noch keine Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichteten, wie die staatlichen Schulen, die im Jahr 2013 12.500 € mit der Begründung erhalten hätten, Inklusion voranzutreiben, entsprechende Mittel zugewiesen bekämen.

Bezüglich des Themas Konnexität wisse man um die noch laufenden Gespräche. Das nutze den Schulen im Jahr 2014 nichts, weil es jetzt mit der Inklusion losgehe und die Schulen nun die Mittel benötigten. Das Förderprogramm solle dazu dienen, dass die Schulträger nach Erstellung eines Inklusionsplanes für Schulen Landeszuschüsse beantragen könnten.

Petra Vogt (CDU) führt aus, sie könne an ihre letzte Haushaltsrede anknüpfen, weil sich nicht sehr viel gegenüber dem Haushalt 2013 geändert habe. Das Haushaltsvo-

lumen steige um 465 Millionen auf 15,6 Milliarden €. Es gebe 42 Millionen € an globalen Minderausgaben nach 60 Millionen € im Haushalt 2013. Ministerin Löhrmann habe bei der Haushaltseinbringung in diesem Ausschuss nachvollziehbarerweise ausgeführt, die Reduzierung der globalen Minderausgabe zu begrüßen. Trotzdem bestehe die große Sorge, wenn es darum gehe, wo diese globale Minderausgabe erwirtschaftet werden müsse. In diesem Jahr habe man nämlich die leidvolle Erfahrung machen müssen, dass schon kurz nach Verabschiedung des Haushaltes klar geworden sei, dass diese globale Minderausgabe im Bereich der Vertretungsreserve würde erwirtschaftet werden müssen. Da keine Zahlen über den Unterrichtsausfall vorlägen, erscheine sehr kritisch, wenn plötzlich ausgerechnet bei der Vertretungsreserve im Haushaltsjahr Kürzungen erfolgten.

Trotz der Steigerung des Haushaltsvolumens fehle es weiter an Geld für wichtige Aufgaben im Schulbereich. Das gelte einmal für die Inklusion. Vor zwei Tagen habe ein Nachrichtenmagazin getitelt „Chaos per Gesetz an den NRW-Schulen“. In dem Bericht sei es darum gegangen, dass die Inklusion an den Schulen in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend vorbereitet und in keiner Weise hinreichend finanziert sei.

Außerdem vermisse ihre Fraktion wichtige Anreize für Führungskräfte. Zurzeit gebe es in Nordrhein-Westfalen an den Grundschulen 435 unbesetzte Schulleiterstellen und 662 offene Stellvertreterposten. Darin liege für die CDU ein Systemproblem. Dazu werde ihre Fraktion deshalb einen entsprechenden Antrag stellen.

Erinnern wolle sie auch an den wenig motivierenden Umgang mit den Beamtinnen und Beamten durch die Nichtübernahme des Tarifergebnisses. Auch das belege, dass kein Geld an den richtigen Stellen vorhanden sei. Dieser Sachverhalt habe zu viel Frustration und teilweise zu innerer Emigration geführt.

Unklar bleibe für die CDU-Fraktion die Streichung der Stellen an den Berufskollegs. Dieses Thema habe ihre Fraktion auch schon beim letzten Haushalt angesprochen. Diesmal würden 229 Stellen weniger lediglich aufgrund einer politischen Annahme ausgewiesen. Es erscheine nicht erwiesen, dass dieses neue Übergangsmanagement zu weniger Schülerinnen und Schülern an den Berufskollegs führe, weil viele schneller eine Ausbildung aufnahmen. Diese Stellenkürzung werde für in keiner Weise gerechtfertigt gehalten.

Wie im vergangenen Jahr gelte, dass ohne Strukturveränderungen dieser Schulhaushalt nicht saniert werden könne. Gleichzeitig werde man damit den Herausforderungen im Schulwesen nicht gerecht. Zum vergangenen Haushalt habe die CDU-Fraktion viele Anträge für Strukturveränderungen gestellt. Morgen werde ihre Fraktion 68 Haushaltsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss stellen, die auch wichtige Änderungsvorschläge für Strukturveränderungen im Schulbereich enthielten. Werde wie bisher verfahren, könne man zwar bejubeln, die globale Minderausgabe reduzieren und ein paar Lehrerstellen mehr zur Verfügung stellen zu können, aber die Haushaltsproblematik werde auf diese Weise nicht gelöst. Ihre Fraktion hoffe darauf, dass SPD und Grüne nicht wie beim letzten Haushalt sämtliche Anträge ablehnten.

Yvonne Gebauer (FDP) schließt sich in vielen Punkten den Ausführungen von Frau Vogt an und dankt der Ministerin und dem Ministerium für die Beantwortung der gestellten Fragen. Der Ausbau der Leitungszeit und der Einstieg in die Absenkung der Klassengrößen, eine Forderung ihrer Fraktion, würden begrüßt.

Darüber hinaus existierten aber viele Punkte, die in diesem Haushalt keine ausreichende Berücksichtigung fänden. Dazu gehöre das Thema Fortbildung insbesondere im MINT-Bereich, wo mehr auf Auslaufen und Einsparen von Geldern gesetzt werde. Nach Meinung der FDP-Fraktion müsse jedoch in diesem Bereich dringend nachgesteuert werden, damit Nordrhein-Westfalen beim nächsten IQB-Vergleich nicht wieder so schlecht abschneide.

In Nordrhein-Westfalen werde in politisch motivierte Modellversuche Geld gesteckt statt in die Bildungsqualität für alle. In vielen Bereichen sehe sie große Nachsteuermöglichkeiten. Sie kündige ebenfalls an, dass entsprechende Anträge vorgelegt würden.

Wissen wolle sie, wie viel Mittel für die wissenschaftliche Evaluation des Modellversuchs „Abitur nach zwölf oder dreizehn Jahren“ eingesetzt würden. Zu den 500 Stellen, die an den Gymnasien abgebaut werden sollten, bitte sie um Auskunft, ob das erst nach Ende des Schuljahres oder schon im laufenden Schuljahr geschehe. Weiter bitte sie anzugeben, ob die Gymnasien auch zukünftig von den flexiblen Mitteln ausgeschlossen blieben. Schließlich interessiere sie, ob die Landesregierung zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben erneut Kürzungen bei den flexiblen Mitteln für den Vertretungsunterricht vornehmen werde.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) antwortet, die 500 Stellen, die in den Gymnasien über die Parameter hinaus zur Verfügung stünden, dienten dazu, Einstellungen in Mangelfächern vornehmen zu können und „besondere Wegversetzungen“ zu vermeiden. Im laufenden Haushaltsjahr habe das relativ gut funktioniert. Insofern finde das Abschmelzen dieser Stellen im Zusammenhang mit der natürlichen Fluktuation statt. Bei über 600 Schulen erscheine klar, dass aufgrund der Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer eine natürliche Entwicklung statffinde und es nicht zu Einschnitten in der Unterrichtsversorgung der Gymnasien komme.

Bezüglich der flexiblen Mittel seien die Bezirksregierungen bedarfsgerecht vorgegangen. Im Übrigen verhalte es sich so, dass noch nach dem Stand der letzten Woche 8 Millionen € an flexiblen Mitteln zur Verfügung stünden. Deshalb glaube das Ministerium, ganz gut über die Runden zu kommen.

Die Mittel für die wissenschaftliche Begleitung seien im entsprechenden Titel enthalten. Die Vergabe des Auftrages sei wohl schon im vorletzten Jahr erfolgt, um die Schulen möglichst von Anfang an wissenschaftlich begleiten zu können. Diese Zahl werde kurzfristig mitgeteilt.

Die globale Minderausgabe stelle ein flexibles Instrument dar, damit ein Ressort auf Entwicklungen im laufenden Jahr reagieren könne. Deswegen widerspreche es dem Prinzip einer globalen Minderausgabe, diese schon vor Beginn des Haushaltsjahres

auszuweisen. Auf diese Frage gebe es keine Antwort, da noch keine entsprechenden Entscheidungen getroffen worden seien.

Zum Thema Fortbildung und dem hergestellten Zusammenhang zum MINT-Bereich: Die bei den Fortbildungsmitteln abgesetzten 4 Millionen € hingen unmittelbar mit einem von Schwarz-Gelb beschlossenen Lehrerausbildungsgesetz zusammen. Um Anforderungen des neuen Lehrerausbildungsgesetzes bewältigen zu können, habe es speziell dazu genau diese Fortbildungen gegeben. Dies werde wie mit dem Finanzminister – wiederum von der Vorgängerregierung – verabredet vorgenommen. Das gleiche gelte für die Stellen. Das habe nichts mit Eingriffen in die politischen Entwicklungen und Schwerpunkte, die sich Rot-Grün gesetzt habe, zu tun. Zu MINT werde ein Aufschlag gemacht. Dazu liefen die Vorbereitungen, die aber gründlicher angegangen werden müssten. Sie halte es aber für gewagt, den Bezug zum Landeshaushalt herzustellen.

Die CDU verliere kein Wort darüber, dass dieser Haushalt im Wesentlichen bezüglich der demografischen Effekte den Schulkonsens umsetze. Das wundere sie sehr. Im Schulkonsens seien Prioritäten verabredet worden. Dazu zählten das Grundschulkonzept, die neuen Sekundarschulen und Gesamtschulen und der Einstieg in die fünften Klassen der bestehenden Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen. Auf eine Empfehlung der Bildungskonferenz gehe zudem die Umsetzung einer langjährigen Forderung der Lehrerverbände zurück, Schulleitungszeit einzuräumen, was natürlich nicht unmittelbar wirken könne. Sie halte es für gut und wichtig, dass diese Vorhaben durchfinanziert würden. Was die Schulleitungsstruktur an Grundschulen angehe, gebe es dazu keine Initiative, um grundsätzliche Veränderungen vorzunehmen. Die Regierung wisse aber um die Besetzungssituation und setze hier ein ganz klares Prä. Mit dem kommenden Haushalt seien noch einmal 109 Stellen ausdrücklich für die Schulleitungen der Grundschulen als Entlastungssignal vorgesehen, damit die Prioritätensetzung dieser Regierung für die Schulleitungen klar werde.

Ingola Schmitz (FDP) fragt, auf welchen Buchwert sich das Gebäude in Soest beaufe, das das neue Landesinstitut werden solle. Offensichtlich sollten die Mittel betreffend die individuelle Förderung statt Klassenwiederholung auslaufen. Sie bitte anzugeben, was mit diesen Stellen geschehen solle.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) teilt mit, der Buchwert der Liegenschaft Soest sei im BLB-Haushalt verankert. Man werde diese Frage weitergeben, die dann vielleicht morgen im HFA beantwortet werden könne. Was die individuelle Förderung angehe, sei alles, was in die Fortbildungsmaßnahme und in die Inklusion gegeben werde, individuelle Förderung par excellence und komme somit allen Schülerinnen und Schülern zugute. Alle Programme wie „Gute gesunde Schule“ „Gütesiegelschulen“ würden zusammengeführt, um eine bessere Systematisierung zu schaffen, in das Netzwerk Zukunftsschulen NRW. Dort würden natürlich weiterhin diesen Schulen, aber auch allen anderen Schulen die Maßnahmen und Haushaltsmittel zugute kommen, damit man systematischer in der Fläche ankomme und es nicht sosehr von einer Genese einer bestimmten Schule abhängige. Das müsse das Ziel sein. Schon

1.000 Schulen befänden sich in diesem Netzwerk. Das Ziel bestehe, zu einer höheren Zahl zu kommen, damit diese sich vor Ort über unterschiedlichste Fragen austauschen könnten. Es gebe nicht nur dieses Programm, sondern auch das mit der Mercator-Stiftung „Individuell fördern am Gymnasium“, bei dem 138 Gymnasien mitmachen, die dafür zusätzlich Fortbildung bekämen. Es stelle eine zu eingeschränkte Sichtweise dar, sich auf ein Programm zu beziehen, weil eine systematischere Überführung in die Fläche angestrebt werde.

Petra Vogt (CDU) spricht das neue Landesinstitut an, wozu die Ministerin ausgeführt habe, dass es für diesen Haushalt Stellenverlagerungen gebe. Dazu interessiere sie, um welche Stellen es sich drehe und was die Leute konkret machen sollten und wie entsprechende Bewerber dafür ausgesucht würden.

Anmerken wolle sie noch, dass die CDU-Fraktion durchaus bei dem einen oder anderen Antrag der Piraten die inhaltliche Notwendigkeit nachvollziehen könne, aber vor dem Hintergrund der Schuldenbremse werde ein einheitliches Konzept angestrebt, wie es sich ihre Fraktion vorstelle. Natürlich könne in jedem Fachbereich leicht gesagt werden, für diese oder jene Maßnahme Geld zu benötigen, aber man dürfe die Antwort nicht schuldig bleiben, wie das in ein Gesamtkonzept eingebettet werden könne. Aus dem dargestellten Grund würden die Anträge der Piraten heute abgelehnt.

Renate Hendricks (SPD) legt dar, mehr sei immer wünschenswert. Aber die Oppositionsvertreter hätten auch deutlich auf die Sparnotwendigkeit hingewiesen. Aus Sicht der SPD-Fraktion würden im Haushalt Schwerpunkte gesetzt, die Rot-Grün ganz bewusst mit der betriebenen Politik umsetzen wollten. Das gelte einmal für den Schulkonsens. Die gemeinsamen Verabredungen würden eingehalten und die demografischen Effekte im System belassen, um beispielsweise die Schulleitungsentlastungen und die Klassenfrequenzrichtwerte für die Grundschulen regelmäßig weiter herunterzusetzen, bis 2015 die angestrebten Werte erreicht würden. Jetzt gebe es außerdem den Eintritt in die Reduzierung der Klassenfrequenzrichtwerte für die Sekundarstufe I, was ebenfalls im Schulkonsens vereinbart worden sei. Sie hielte es für sinnvoll, das einmal zu würdigen, dass man sich an den Schulkonsens halte und den unter schwierigen Haushaltsbedingungen umsetze.

Ein weiterer Schwerpunkt betreffe die Inklusion. Sie verstehe, wenn die Opposition die Umsetzung der Inklusion zurzeit noch sehr skeptisch betrachte, weil man in einem System auf ein Stellenbudget umstelle, von dem noch niemand genau wisse, wie es am Ende funktionieren werde. Aber ein Blick auf andere Länder zeige, dass das Stellenbudget dort funktioniere. Jedoch werde zugesagt, dass die 9.406 Stellen für die heute im System befindlichen Schülerinnen und Schüler blieben, was alle Anrechnungsstellen einschließe. Das sei ein großer Umfang, und zwar auch vor dem Hintergrund, dass natürlich auch bei den Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die demografische Entwicklung wirke. Darüber hinaus würden 1.200 zusätzliche Stellen für die Umsetzung der Inklusion ins System hineingegeben. Auch das erwähne die Opposition mit keinem Wort, obwohl es ein enorme

Kraftanstrengung darstelle, was belege, dass man zur Umsetzung der Inklusion etwas unternehme und den Schulen damit flankierend helfe, unabhängig von den Fortbildungsmaßnahmen und den Moderatorinnen sowie den 53 Inklusionsberatern in den Kommunen, die zur Verfügung gestellt würden. Der Entschließungsantrag zum 9. Schulrechtsänderungsgesetzes mache zudem deutlich, dass man dabei sei, auch noch andere Dinge miteinander auszuloten. Im Übrigen werde die Inklusion ab dem 1. August 2014 mit dem Gesetz umgesetzt und nicht schon jetzt, sodass noch etwas Zeit bestehe.

Natürlich wüsste sich die SPD-Fraktion noch an vielen anderen Stellen, entsprechendes Geld zur Verfügung zu haben. Die von der CDU vorgeschlagene Streichung von 20 % der Fördermittel bedeutete ein Kahlschlag in Nordrhein-Westfalen und ein Vorgehen nach der Rasenmähermethode. Das wolle ihre Fraktion nicht, sondern diese wüsste, gezielt vorzugehen und danach zu sehen, wo mit welchen Stellen bestimmte Wirkungen erreicht werden könnten. Der vorgelegte Haushalt bilde auch im Hinblick auf den weiteren Ausbau des Ganztags unter den machbaren Möglichkeiten eine sehr gute Alternative.

Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE) meint, mehr könne immer gemacht werden, wenn mehr Mittel zur Verfügung stünden. Die Opposition dürfe gern Rot-Grün dabei unterstützen, zusätzliche Mittel aus Berlin einzuwerben, um mehr Bildung und andere dringend notwendige Maßnahmen verwirklichen zu können. Wie Frau Hendricks schon gesagt habe, werde nicht weniger, sondern mehr im Bereich der Bildung geleistet. Der Schulkonsens erfahre seine konsequente Umsetzung. Die Inklusion werde nicht erst vorbereitet, sondern diese finde schon seit vielen Jahren statt. Es würden aber zusätzliche Mittel zur Umsetzung der Inklusion eingesetzt, etwa mit den 53 Stellen in den Kreisen und Kommunen. Der Ausbau des Ganztags gehe weiter, die Klassenfrequenzen würden in fast allen Bereichen gesenkt. Deswegen könne Rot-Grün nicht vorgehalten werden, nicht genug zu leisten, und gesagt werden, nur die Opposition stelle zukunftssträchtige Anträge. Wenn diese Anträge zukunftssträchtig wären, würden die Grünen diesen natürlich zustimmen. Aber eine rückwärtsgewandte, nicht am Schulkonsens ausgerichtete Politik finde nicht die Zustimmung der Grünen. Sie wüsste sich, die FDP wäre wie früher einmal eine Partei, die mit Bildungsreform glänzte, statt an rückwärtsgewandten Systemen festzuhalten und nur „herumzumäkeln“. Mit diesem Haushalt werde eine der Zukunft zugewendete Politik beschlossen. Den Anträgen der Piraten könnten die Grünen nicht zustimmen, weil diese nicht den eigentlichen Kern trafen. Das Land könne sich weder in Schulträgeraufgaben einmischen noch in Aufgaben, die nicht Landesaufgaben darstellten, sondern welche der Wirtschaft.

Yvonne Gebauer (FDP) entgegnet Frau Zentis mit dem Hinweis, selbst nur von der Schulform Gymnasium gesprochen zu haben, dass diese hoffentlich nicht die Schulform Gymnasium als rückwärts gewandtes System ansehe.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) stellt ergänzend zu ihrer ersten Antwort klar, dass die Gymnasien von den flexiblen Mitteln nie ausgeschlossen gewesen seien.

Es habe aufgrund der vorgesehenen und erstadministrierten Kürzungen Vorrangigkeiten gegeben, wonach man erst auf andere Stellen zugreifen solle, die die Systeme bekommen hätten. Wenn ein Stellenüberhang bestehe, werde dieser natürlich einbezogen, was aber nichts mit den Schulformen zu tun habe, weil keine andere Schulform einen solchen Stellenübergang aufgewiesen habe. Es sei zudem gesagt worden, erst auf die 4.000 Stellen, danach auf die Poolstellen, die es für die Grundschulen gebe, und als letztes Mittel dann auf die flexiblen Mittel zuzugreifen. Sie habe im Plenum auf eine Anfrage auch dargelegt, dass es sehr wohl Mittelabflüsse zu Gymnasien gegeben habe.

Das Landesinstitut wachse auf. Am Standort Soest arbeiteten auch jetzt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Schulministeriums, wenn auch nicht am Institut. Jetzt befinde man sich in einem Prozess, bei dem es Versetzungen in das Institut geben werde, weil bestimmte Aufgaben, etwa die zentralen Prüfungen, in das Landesinstitut wechselten, wie das auch in anderen Bundesländern geregelt sei. Somit „wanderten“ die Stellen mit, und es gebe 33 zusätzliche Planstellen. Das Institut habe folgende Aufgabenfelder: Qualitätsentwicklung/Qualitätssicherung von Schulen und Unterricht, Inklusion, Richtlinien und Lehrpläne für den Unterricht sowie Materialien zu deren Implementation, zentrale Prüfungen/Lernstandserhebungen im Kontext Unterrichtsentwicklung, Professionalisierung der pädagogischen Berufe, vor allem der Führungskräfte in Schulen, Zentren für schulpraktische Lehrerbildung, Schulaufsicht sowie der in der Fortbildung eingesetzten Lehrkräfte, übergreifende Qualitätssicherung und Weiterentwicklung im Bereich der Weiterbildung. Dazu habe sie in der letzten Woche ein Signal gegeben, dass der vielfach gewünschte Support bezüglich der Weiterbildung von Anfang an im Landesinstitut seinen Platz finde.

Es gebe einen Gründungserlass, der abgestimmt sei und zum 1. Dezember zum Zuge kommen werde. Dann liefen vom Personalrat begleitete Versetzungsverfahren, sodass erwartet werde, diesen Prozess wie geplant geordnet durchführen zu können. Sollten übrigens Stellen nicht durch hausinterne Bewerbungen besetzt werden können, würden sie extern ausgeschrieben.

Monika Pieper (PIRATEN) kommt zu sprechen auf die Gegenfinanzierung der vorgelegten Anträge und verweist darauf, in der nächsten Woche werde diesbezüglich im Plenum ein Antrag vorgelegt. Die EU-Kommission habe mitgeteilt, dass es dafür Gelder gebe und wie man sich dafür bewerben könne. Insoweit werde die Möglichkeit gesehen, auch für Nordrhein-Westfalen Geld zur Förderung dieses Bereiches zu beantragen.

Im Übrigen könne das Land selbstverständlich Medienprojekte fördern. Die EU-Kommission fordere die Mitgliedsstaaten und die Länder geradezu dazu auf, sich um solche Projekte zu kümmern. Frau Löhrmann habe gestern gesagt, es gehe nicht um Zuständigkeit, sondern um Verantwortung. Sie spreche sich dafür aus, gemeinsam die Verantwortung zu übernehmen, in diesem Bereich weiter zu arbeiten. Dieser gelebten EU-Politik sollte sich Nordrhein-Westfalen nicht verschließen.

Der Änderungsantrag Nr. 7 der Piraten wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piraten abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 8 der Piraten wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piraten abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 10 der Piraten wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 11 der Piraten wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Der Einzelplan 05 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten angenommen.



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

27. Sitzung (öffentlich)

20. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Dringliche Frage

von **Yvonne Gebauer (FDP)** an die Ministerin für Schule und Weiterbildung:

„Wie begründet Schulministerin Löhrmann das Vorgehen der Bezirksregierung Köln gegen um das Wohl ihrer Schülerinnen und Schüler besorgte Förderschulleiter in der Städteregion Aachen.“

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Vorlage 16/1187 – Erläuterungsband zum Einzelplan 05

Vorlage 16/1264 – Vermerk zum Berichterstattergespräch zum Einzelplan 05

Vorlage 16/1362 – Beantwortung der Fragen der Fraktionen durch das Ministerium

Der Änderungsantrag Nr. 7 der Piraten wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piraten abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 8 der Piraten wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piraten abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 10 der Piraten wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 11 der Piraten wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piraten bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Der Einzelplan 05 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten angenommen.

2 Beschulung von aus Südosteuropa zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen **22**

Vorlage 16/1120 – Bericht der Landesregierung

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) berichtet und beantwortet Fragen aus den Reihen des Ausschusses.

3 Überprüfung der Schulfähigkeit: Auswirkungen der Änderung von § 35 Abs. 3 Schulgesetz – Zurückstellung **26**

Vorlage 16/1400 – Bericht der Landesregierung

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) erstattet einen Bericht und beantwortet Fragen von Abgeordneten.

4 Fortbildungsbudget **28**

Vorlage 16/1413 – Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss führt zu dem Bericht des Ministeriums für Schule und Weiterbildung Vorlage 16/1413 eine kurze Aussprache durch.

5 Bekenntnisgrundschulen 30

6 Breites Bündnis gegen Analphabetismus in Nordrhein-Westfalen 36

Antrag
der Fraktion der
SPD und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4152
Entschließungsantrag der Fraktion der
PIRATEN
Drucksache 16/4226

Der Ausschuss verständigt sich vor Eintritt in die Tagesordnung darauf, diesen Punkt heute nicht zu behandeln.

7 Praxissemester in der Lehrerausbildung 37

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3539

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag ohne Votum zu schieben.

8 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 39

Drucksache 16/4151 – Gesetzentwurf aller Fraktionen

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich nachrichtlich an der vom federführenden Hauptausschuss geplanten Anhörung zu beteiligen.

**Änderungsantrag zum Einzelplan 5
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
7	PIRATEN	<p>Kapitel 05 020 Titel neuer Titel Titelbezeichnung Ausschreibung für Offene Lernmitteln</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von Euro um 800.000 Euro auf 800.000 Euro</p> <p>Begründung: Um die Produktion von Lernmitteln (Schulbücher) unter freier Lizenz anzuregen, soll das Ministerium für Schule und Weiterbildung Ausschreibungen für Schulbücher in den Hauptfächern der Grundschule und die Klassen 5 und 6 machen. Es sollen dabei ausgewählte als Lernmittel zugelassene Werke unter freier Lizenz mit 50.000 Euro prämiert werden und in geeigneten Dateiformaten Lehrern, Schülern und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. So kann mit effizient der Einstieg in eine breite Nutzung offener Bildungsmedien gelingen.</p>	<p>SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 5
zum Haushaltsgesetz 2014**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
8	PIRATEN	<p>Kapitel 05 020 Titel 686 61 Titelbezeichnung Stiftung Partner für Schule NRW/Medienberatung NRW/"Medienpass NRW"</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von 558.600 Euro um 67.975 Euro auf 626.575 Euro</p> <p>Begründung: Aufstockung des Ansatz für die Medienberatung NRW auf 242.575 Euro. Dies ist der Betrag, der zwischen der Landesregierung und den Landschaftsverbänden im Kostenplan vereinbart ist. Dies ist geboten um der wachsenden Bedeutung digitaler Medien an den Schulen gerecht zu werden.</p>	<p>SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 5
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
10	PIRATEN	<p>Kapitel 05 390 Titel neuer Titel Titelbezeichnung Förderung von Schulträgern öffentlicher Grundschulen bei Investitionen für den Ausbau des Gemeinsamen Lernens (Inklusion)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von Euro um 17.550.000 Euro auf 17.550.000 Euro</p> <p>Begründung: Ab dem Schuljahr 2013/14 wird das Gemeinsame Lernen in allen Grundschulen des Landes zum Regelfall. Die Schulträger sollen bei den hierfür erforderlichen Investitionen unterstützt werden. Die Summe orientiert sich am Ansatz, den das Land als Schulträger für die staatlichen Schulen mit dem Haushalt 2013 eingestellt hat.</p>	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN

**Änderungsantrag zum Einzelplan 5
zum Haushaltsgesetz 2014**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
11	PIRATEN	<p>Kapitel 05 390 Titel neuer Titel Titelbezeichnung Förderung von Schulträgern privater Grundschulen bei Investitionen für den Ausbau des Gemeinsamen Lernens (Inklusion)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2014 von Euro um 362.500 Euro auf 362.500 Euro</p> <p>Begründung: Ab dem Schuljahr 2013/14 wird das Gemeinsame Lernen in allen Grundschulen des Landes zum Regelfall. Die Schulträger sollen bei den hierfür erforderlichen Investitionen unterstützt werden. Die Summe orientiert sich am Ansatz, den das Land als Schulträger für die staatlichen Schulen mit dem Haushalt 2013 eingestellt hat.</p>	<p>SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN</p>